

Die Finanzlage und die Tagespresse.

Die »Provincial-Correspondenz« ist in ihrer vorigen Nummer der Behauptung entgegengetreten, als ob die Schwierigkeiten unserer Finanzverwaltung unerwarteter Weise beseitigt seien; es sei wohl richtig, daß sich in den jüngsten Monaten eine erfreuliche Besserung im allgemeinen Verkehr und demzufolge auch eine Steigerung gewisser Staatseinnahmen eingestellt habe, und es sei aller Grund vorhanden sich der hoffnungsvolleren Gestaltung der Verhältnisse zu freuen, — keineswegs aber sei die Besserung eine so durchgreifende, daß der seit-her vorhandene bedeutende Ausfall dadurch gedeckt werden könnte.

Der betreffende Aufsatz hatte sich darauf beschränkt, die irrthümlichen Auffassungen und Gerüchte in jener Beziehung thatsächlich zu widerlegen, ohne näher zu erörtern, von welcher Seite die falschen Behauptungen ausgegangen waren.

Die Blätter der liberalen Partei sind nun mit der Erklärung bei der Hand: durch die Mittheilungen der »Provincial-Correspondenz« sei dem Schreiben der »Offiziösen« Einhalt gethan worden, welche seit Wochen verkündet hätten, daß von keinem Defizit mehr die Rede sei.

»Die mehrwöchentliche Schönfärberei der Offiziösen (heißt es an anderer Stelle) habe durch die halbamtliche Erklärung ihre unumwundene Zurückweisung erfahren.«

Die »Offiziösen« (so wird dann wieder versichert) welche jüngst unsere Finanzlage nicht rosig genug schildern konnten, treten jetzt den Rückzug an und setzen das Defizit wieder in seine Rechte ein.«

Diese Angriffe gegen die »Offiziösen«, d. h. gegen diejenigen Stimmen in der Presse, welche ihre Nachrichten aus den Regierungskreisen schöpfen, hat selbstverständlich keine andere Bedeutung und keinen anderen Zweck, als den Glauben zu erwecken, daß innerhalb der Regierung selbst ein rascher Wechsel der Ansichten, ein haltloses Schwanken stattgefunden habe.

Im Interesse einer richtigen Beurtheilung der Regierungsauffassungen erscheint es daher angemessen, näher zu untersuchen, ob wirklich durch Aeußerungen der regierungsfreundlichen Blätter die öffentliche Meinung in den letzten Wochen irre geleitet worden ist.

Wenn es von liberaler Seite jetzt anscheinend so freudig begrüßt wird, daß die »Provincial-Correspondenz« »endlich« einige Aufklärung über die Ansichten der Regierung bringe, so ist doch zuvörderst daran zu erinnern, daß dasselbe »halb-amtliche« Blatt erst vor wenigen Wochen sich über die Finanzfrage geäußert hatte.

In unserem Blatte vom 30. Juni ist über die Aufgabe der nächsten Landtagsession Folgendes zu lesen:

»Nachdem die Einigung in der jüngsten Session leider nicht erreicht worden ist, muß es der im Herbst bevorstehenden Landtagsession vorbehalten bleiben, vor allem dem augenblicklichen Bedürfnisse der preussischen Verwaltung abzuhelfen, vorbehaltlich der weiteren Verständigung über dauernde und grundsätzliche Veränderungen und Verbesserungen des gesammten Finanzwesens Preussens, des Norddeutschen Bundes und des Zollbundes in ihrem Zusammenhange und in ihrer Wechselwirkung.«

Es ist eine würdige Aufgabe für alle ernstesten Patrioten, in den dazwischen liegenden Monaten dazu mitzuwirken, daß sich bis zur nächsten Session in Wahrheit »die Ansichten geklärt und die Widerwilligkeiten soweit abgeschwächt haben, daß wieder ein gemeinsames Wirken von Ministerium und Volksvertretung ermöglicht« und die Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten herbeigeführt werde.

Sobald es gelingt, eine solche Verständigung zu erzielen, wird auch der Wahn, welcher hier und da, namentlich bei den Gegnern Preussens, durch die parlamentarischen Kämpfe des letzten Jahres erzeugt worden ist, als ob Preussens Finanzkraft ernstlich erschüttert sei, sehr bald wieder schwinden. Unsere Regierung nimmt es mit der augenblicklichen Verlegenheit gerade deshalb von vornherein so ernst und gewissenhaft, weil sie es nicht erst dahin kommen lassen will, daß wir in die Fußstapfen anderer Staaten gerathen, deren Kraft und Gedeihen durch die Zerrüttung der Finanzen untergraben und zerstört worden ist. Preussens finanzielle Lage hat noch jüngst nach Beendigung zweier Kriege die Bewunderung Europas erregt und unser Ansehen erhöht. Unsere Finanzkraft kann durch die Verlegenheit eines oder zweier Jahre gewiß nicht erschüttert sein; dieselbe könnte nur dann ernstlich Schaden leiden, wenn diese augenblicklichen Verlegenheiten dazu führen sollten, die allbewährte Ordnung unseres Staatshaushalts dauernd zu stören.

Dies zu verhüten, unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes, das wird die gemeinsame Aufgabe der Regierung und der Landesvertretung sein. Durch die Erfüllung derselben wird die nächste Landtagsession, so Gott will, alle Zweifel an der weiteren segensreichen und kraftvollen Entwicklung unseres verjüngten Vaterlandes vollends niederschlagen.«

So wurde vor kaum vier Wochen die Stellung der Regierung zu den Finanzfragen bezeichnet. Was ist denn inzwischen geschehen, wodurch die Auffassung der Regierung so gar zweifelhaft geworden wäre?

In keinem der Blätter, welche als offiziös gelten, an keiner Stelle, die einen Zusammenhang mit der Regierung hat, ist auch nur einen Augenblick eine andere Stellung zur Finanzfrage angedeutet worden: man verhielt sich auf dieser Seite meist nur abwehrend gegen die vielfältigen Gerüchte, welche über die Pläne der Regierung für die nächste Session in Umlauf gesetzt wurden.

Die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung«, welche dafür bekannt ist, derartige Mittheilungen nicht ohne genaue Erkundigung an zuverlässiger Stelle zu bringen, schrieb unterm 10. Juli:

»Man wird wohl daran thun, alle Nachrichten, welche über die Absicht der Regierung in Betreff der Budget- und Steuerfrage durch die Presse laufen, durchweg mit der größten Vorsicht und mit entschiedenem Zweifel aufzunehmen, da innerhalb des Staats-Ministeriums alle Entschliessungen darüber ausdrücklich bis zur Rückkehr des Finanz-Ministers, welche Mitte August stattfindet, suspendirt sind. Hierbei liegt u. a. auch die Thatsache zu Grunde, daß es zu jenem Zeitpunkte schon eher möglich sein wird, sich ein klares Bild von dem voraussichtlichen finanziellen Verlaufe des Jahres zu machen. Sowohl die Ernte-Ergebnisse, wie auch die Bewegung im Handel und Verkehr, werden sich bis dahin bestimmter herausgestellt haben und eine festere Grundlage für die Berechnung der diesjährigen Einnahmen gewähren. Einweilen sind in gewohnter Weise in allen Ministerien die Bedürfnisse pro 1870 aufgestellt und dem Finanz-Ministerium vorgelegt, und in diesem finden die Vorarbeiten für die Aufstellung des Gesamtbudgets statt. Die Erörterungen im Staats-Ministerium aber sowohl über das Budget, wie über die Mittel zur Deckung des Einnahme-Ausfalls, werden erst in der zweiten Hälfte des August eintreten.«

In einem Aufsatz über die etwaige Scheidung der nothwendigen und der bloß nützlichen Ausgaben im Staatshaushalt schrieb die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« am 16. Juli:

»Setzt der Landtag den Wunsch, daß eine größere Summe von nützlichen Ausgaben geleistet werde, als nach den bisher eingehenden Einnahmen möglich ist, so werden solche Wünsche gewiß mit denen der Regierung zusammenzutreffen; eben damit diese Wünsche realisiert werden können, ist aber die Beschaffung größerer Deckungsmittel durch neue Einnahmequellen erforderlich.«

In denselben Tagen brachte die »Neue Preussische Zeitung« (welche in diesen Fragen seither im Allgemeinen die Ansichten der Regierung vertritt) mehrere Aufsätze über das Defizit, in welchen sie sich unter Anderem dahin ausdrückte, daß man an eine dauernde neue Regelung unserer Finanzen erst gehen könne, nachdem die Schwierigkeiten des Augenblicks beseitigt seien. Sie sagte:

»Es ist die gleichmäßige Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, für Beseitigung des entstandenen Uebels zu sorgen, und zwar für eine sofortige Beseitigung.«

»Eine Gefahr für Preußen ist das Defizit nicht; sie würde es aber werden, wenn man durch Fortschleppung desselben Unordnung in die Finanzverwaltung bringt, und die Gefahr würde noch ernstlicher, wenn man es benutzte, um diese Finanzverwaltung über Hals und Kopf umzugestalten. Erst wenn durch Beseitigung des Defizits normale Zustände wieder hergestellt sind, wird die Staatsregierung berufen sein, sich mit der Landesvertretung über etwaige Reformen unserer gesammten Finanzwirtschaft zu verständigen.«

Ganz in demselben Sinne äußerten sich sämtliche sogenannte offiziöse Correspondenten der Provincial-Zeitungen. Nur fügten sie hinzu, daß die Staats-Einnahmen im Monat Mai ein unerwartet günstiges Ergebnis gehabt, und daß bei den guten Ernte-Aussichten eine noch vortheilhaftere Gestaltung für den nächsten Monat zu erwarten sei.

Daß diese Besserung hinreichen könne, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen, ist in keinem der Regierung nahestehenden Blatte auch nur entfernt angedeutet worden; vielmehr wurde die Nothwendigkeit außerordentlicher Mittel zur Deckung der Ausfälle von dieser Seite fort und fort unumwunden ausgesprochen.

Dagegen hatten liberale Blätter die Mittheilungen über eine Besserung der Staatseinnahmen willkürlich dahin gedeutet, daß von einem Defizit nicht mehr die Rede sei: eine Mindereinnahme sei nicht mehr zu befürchten, ja »selbst der wunderliche Fall sei möglich, daß das Jahr 1869 schließlich noch Ueberschüsse nachweise.«

Im offenen Widerspruch mit den Aeußerungen der regierungsfreundlichen Blätter wurde behauptet: »auf Seiten der Regierung geschehe des Defizits kaum noch Erwähnung — in schroffem Wechsel der Ansichten sei man nachzuweisen bemüht, daß durch das Steigen der natürlichen Mehreinnahmen das Defizit gänzlich verschwinden werde.«

Vergeblich würde man nach einer solchen Aeußerung in irgend einem der Regierung befreundeten Blatte suchen.

Die Irreleitung der öffentlichen Meinung, welche in

der jüngsten »Provinzial-Correspondenz« bekämpft wurde, fällt einzig und allein der liberalen Presse zur Last.

Es ist kaum nöthig hinzuzufügen, daß die Regierung den Augenblick freudig begrüßen würde, wo sie wirklich eine durchgreifende Wiederherstellung unserer Finanzlage zu verkünden vermöchte.

Die Regierung hat zu keiner Zeit verhehlt, wie schwer sie sich dazu entschließt, eine Mehrbelastung des Volkes zumal an direkten Steuern zu beantragen. Um so mehr darf man vertrauen, daß sie jede sich darbietende Möglichkeit benutzen werde, um die Anforderungen an das Land auf das möglich niedrige Maas zurückzuführen.

Die der Regierung nahe stehenden Blätter haben deshalb jede Besserung der Finanzlage, jede Aussicht auf eine Verringerung des Bedürfnisses in jüngster Zeit unverweilt und unumwunden verkündet, aber sie haben es unterlassen, daran unberechtigte Erwartungen auf eine gänzliche Beseitigung aller Finanzschwierigkeiten zu knüpfen, um nicht ihrerseits spätere Enttäuschungen mit zu verschulden.

Politische Uebersicht.

Unser König wird voraussichtlich noch bis in die zweite Hälfte nächster Woche in Bad Ems verweilen, und dann mehrere Tage in Wiesbaden und in Homburg residiren.

Der König wird demnächst den Herbstübungen mehrerer Armee-Corps der Norddeutschen Bundes-Armee beiwohnen. Manöver im ganzen Corps finden beim III. (Brandenburgischen) Armee-Corps in den Tagen vom 27. bis 31. August in der Gegend von Müncheberg, beim II. (Pommerschen) Armee-Corps vom 1. bis 11. September in der Gegend von Stargard, beim I. (Preussischen) Armee-Corps vom 10. bis 18. September bei Heiligenbeil und Braunsberg statt. Bei den übrigen Armee-Corps werden nur Manöver der einzelnen Divisionen abgehalten. Beim Garde-Corps findet eine große Parade am 30. August bei Berlin, beim II. Corps am 6. September bei Stargard, beim I. Corps am 13. September bei Heiligenbeil und Braunsberg vor Sr. Majestät statt.

Unmittelbar nach der Rückkehr der einzelnen Truppentheile in ihre Garnisonen wird überall die Entlassung der Reservisten stattfinden.

Nach Beendigung der Herbstübungen gedenkt der König sich noch auf einige Zeit nach Baden-Baden zu begeben, um dort vermuthlich bis Ende September mit seiner erlauchten Gemahlin zu verweilen.

Das Norddeutsche Panzergeschwader, bestehend aus den drei großen Panzerfregatten »König Wilhelm«, »Kronprinz« und »Friedrich Karl« wird unter dem Befehl des Vize-Admirals Jachmann und unter Theilnahme des Prinzen Friedrich Karl in den nächsten Tagen den Hafen von Kiel verlassen, um eine Übungsfahrt nach unserm Kriegshafen in der Jade Wilhelms-Hafen zu machen.

Die Bundes-Liquidations-Kommission, welche seit längerer Zeit in München vereinigt war, um eine Verständigung zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Regierungen über das bewegliche Eigenthum in den früheren Bundesfestungen zu erzielen, ist jetzt zu einer allseitig befriedigenden Vereinbarung gelangt, deren Ratifikation (Bestätigung) Seitens aller beteiligten Regierungen unverweilt in Aussicht zu nehmen ist.

Die Ernteberichte lauten aus fast allen Provinzen fort und fort günstig: die warme Witterung der letzten Wochen hat die Hoffnungen auch da, wo sie vorher gesunken waren, neu belebt und gesteigert.

Auch aus Ostpreußen liegen erfreuliche Nachrichten über die Ernteaussichten vor. Ein Bericht von dort (vom Ende Juli) lautet:

Das vergangene Frühjahr ist, obwohl die dem vorzeitigen Eintreten hoher Temperatur folgenden Nachfröste und längere Dürre nicht unerhebliche Nachtheile herbeiführten, doch im Ganzen, besonders durch den Einfluß der spätern feuchten Witterung, der Vegetation überaus günstig gewesen. Es sind zwar dadurch die Schäden, welche der Winter dem Rübsen, den Kleefeldern und dem Roggen zugefügt hatte, nicht ausgeglichen, daher der (ohnein durch Insekten verkümmerte) Rübsen einen geringen Ertrag gegeben hat, der erste Kleeschnitt schwach gewesen ist und der Roggen im Ganzen nur mittelmäßig lohnend zu werden verspricht; dagegen hat sich der Weizen in seltener Fülle entwickelt und die Sommersaaten haben, sowie die Kartoffeln, Futterkräuter und alles Gemüse, bisher vortreffliches Gedeihen gehabt. Sollte die jetzt eingetretene trockene

und warme Sommerwitterung von Bestand sein, dann würde die Gesamternte eine recht gesegnete werden.

Der Einschnitt von Feld- und Flußwiesen ist im Ganzen ergiebig gewesen und gut eingebracht; dagegen hatte der Graswuchs auf den weiten Haß-Wiesen in Folge von Nachfrösten gelitten und es kann daher dort erst auf die Nachmahd gerechnet werden.

Die Besorgniß, daß wegen Mangels an Saat die Frühjahr-Bestellung auf vielen Aedern werde haben unterbleiben müssen, hat sich nach sorgfältigen Nachforschungen als unbegründet erwiesen, vielmehr er giebt sich, daß in dieser Beziehung die Landwirthschaft in diesen Bezirken wieder zu dem frühern normalen Zustande gelangt ist.

Der österreichische Reichskanzler Graf von Beust hat jüngst in einem sogenannten Rothbuche eine große Anzahl von Depeschen veröffentlicht, welche an und für sich ohne erheblichere politische Bedeutung sind, jedoch durch ein gewisses Hintweggehen über hergebrachte politische Rücksichten aber vielfach unliebsame Erörterungen veranlaßt haben. Da in einer dieser Depeschen, welche Graf Beust nach Sachsen gerichtet hat, die Absicht zu Grunde zu liegen scheint, eine Kritik gegen angebliche Mittheilungen Preußens an den sächsischen Minister zu richten, so hat die preussische Regierung sich zu der Andeutung bewegen gefunden, daß sie die Berechtigung einer solchen Kritik schon aus allgemeinen national-politischen Gründen abweisen müsse, indem die diesseitigen Mittheilungen an deutsche Regierungen sich jeder Kontrolle auswärtiger Kabinette entziehen und in noch höherem Grade vermöge der Solidarität (Einheitlichkeit) der Norddeutschen Bundes-Diplomatie diejenigen Mittheilungen, die von hier nach Dresden gerichtet werden.

In Frankreich ist am 2. August der Senat (die erste Kammer) zusammengetreten, welcher der Verfassung gemäß über die von dem Kaiser beabsichtigten Veränderungen der öffentlichen Einrichtungen zunächst Beschluß zu fassen hat. Der Präsident Rouher hielt zur Eröffnung der Sitzungen eine Anrede an den Senat, in welcher er sagte: Der Senat sei versammelt, um wichtige Abänderungen der Verfassung des Kaiserreiches zu prüfen, welche durch ein erfreuliches Entgegenkommen zwischen der Regierung und dem gesetzgebenden Körper herbeigeführt seien. Der Kaiser, welcher die Bewegung der öffentlichen Meinung aufmerksam verfolgte, habe aus freien Stücken nach und nach seine selbstständige Alleinherrschaft in eine freiheitliche Regierung umgewandelt, und schreite jetzt dazu, ein noch vollkommeneres Gleichgewicht zwischen den öffentlichen Gewalten, eine bessere Vertheilung ihrer Rechte und Befugnisse herzustellen. Nach einem Worte des Kaisers selbst sei das Kaiserthum populär genug, um sich mit der Freiheit zu verbinden, und stark genug, um die Freiheit vor der Anarchie zu schützen. Es gelte jetzt, zwischen den öffentlichen Gewalten eine aufrichtigere Eintracht und eine fruchtbarere Gemeinschaft herzustellen und den Kaiserlichen Einrichtungen größeren Glanz, größere Kraft und Popularität zu verleihen.

Die Vorlage, welche dem Senat gemacht worden, enthält folgende Hauptpunkte:

Der Kaiser und der gesetzgebende Körper haben das Recht, Gesetze vorzuschlagen. Die Minister sind nur vom Kaiser abhängig und halten ihre Berathungen unter seinem Vorsitz. Die Minister sind verantwortlich, können jedoch nur durch den Senat in Anklagezustand versetzt werden. Die Minister können fortan sowohl Senatoren wie Deputirte sein, und haben das Recht, den Sitzungen sowohl des Senats wie des gesetzgebenden Körpers beizuwohnen.

Der Senat kann die Veränderungen andeuten, welche bei einem Gesetz als zulässig erscheinen; er kann ferner beschließen, daß eine Gesetzesvorlage zu erneuter Berathung an den gesetzgebenden Körper zurückverwiesen wird; es steht dem Senat außerdem zu, sich gegen die Veröffentlichung eines Gesetzes auszusprechen. — Der gesetzgebende Körper regelt seine innere Geschäftsordnung selbstständig; derselbe erwählt für jede Session seinen Präsidenten, Vizepräsidenten, sowie die Sekretäre. Der Senat und der gesetzgebende Körper haben das Recht, die Regierung zu interpelliren. Kein Abänderungsantrag kann zur Berathung gestellt werden, wenn derselbe nicht vorher an eine Kommission verwiesen und der Regierung mitgetheilt war. Das Budget und alle Ausgaben werden (fortan nicht mehr in ganzen Gruppen sondern) kapitelweis berathen. Alle Abänderungen, welche von jetzt ab bei Solltarifen und internationalen Verträgen gemacht werden, bedürfen der Genehmigung des gesetzgebenden Körpers.

Es ist nicht zu verkennen, daß in dieser Vorlage sehr erhebliche und werthvolle Erweiterungen der bisherigen Befugnisse der französischen Volksvertretung enthalten sind, und daß für die französische Nation damit ein neuer wichtiger Abschnitt der inneren Entwicklung beginnt.